

1995-Das Jahr der Befreiung

Unser Gesprächspartner Kurt Goldstein ist heute 81 Jahre alt und lebt als Publizist und Journalist in Berlin. Er ist Ehrenvorsitzender des Interessenverbandes der Verfolgten des Nazismus.

Kurt, welche Schwerpunkte setzt Du für das antifaschistische Wirken 1995?

1995 ist das Jahr der Befreiung, das Jahr in dem sich zum fünfzigsten Mal die Befreiung aller Völker, auch des deutschen Volkes vom faschistischen Terror jährt.
Die Alten werden sich noch erinnern, der Faschismus war die Unmenschlichkeit in Aktion. Er machte den Völkermord zu seiner Staatsdoktrin und trieb die Welt in den zweiten großen Krieg dieses Jahrhunderts.
Für die Jungen stellt sich nun heute heraus, daß es eine Illusion war, zu glauben, daß die rassistische faschistische Ideologie mit der Zerschlagung des Faschismus überwunden war, sie erlebt in Form der Hetze gegen Ausländer, Asylanten und "Wirtschaftsflüchtlinge" ihre Auferstehung.
Der Schwerpunkt 1995 muß deshalb das für die aktuelle Gegenwart und auf die Zukunft gerichtete Erinnern an die Verbrechen der Hitlerdiktatur gegen alle Völker und auch gegen das eigene Volk sein.

Wir setzen uns auch dafür ein, daß der Antifaschismus von allen Entstellungen befreit wird und als große Menschenrechtsbewegung begriffen wird.

Kürzlich hat der Bundesgerichtshof das Urteil gegen den Neonazi Deckert anuliert, der die Massenvernichtung als" Auschwitzlüge" verleumdet. Stellen Leute wie Deckert nur die Spitze des Eisberges dar?

Deckert allein verkörpert noch nicht die "Spitze des Eisberges". Das Urteil das nun aufgehoben wurde, widerspiegelt die Realität in der Bundesrepublik der neunziger Jahre, widerspiegelt, daß die Schrecken der Vergangenheit nicht überwunden wurden. So ist es Tatsache, daß in der Bundesrepublik der alte Nazistaatsapparat, die Nazijuristen übernommen wurden, maßgebliche Positionen in Politik, Staat und Wirtschaft erreichten und damit das heute herrschende Klima prägten.
Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang an Namen wie Globke, dem Kommentator der Nürnberger Rassengesetze, Oberländer oder Filbinger, die heute führende Neonazis protegierten. Erinnern möchte ich auch an den Artikel 131 des Grundgesetzes. Dieser Artikel 131 enthielt den Verfassungsauftrag einer Vorsorgeregelung für alle Staatsdiener des NS-Staates. Er war die Grundlage für die Belohnung von Kriegsverbrechern und Naziaktivisten mit entsprechenden Renten und hohen Pensionen.
Ich möchte aber nicht verschweigen, daß es auch andere Kräfte gab. So erzwang der damalige Generalstaatsanwalt Hessens, Fritz Bauer mit anderen Antifaschisten den ersten Auschwitzprozeß in der Bundesrepublik. Nach dem Prozeß wollte Fritz Bauer die Lehren aus der Geschichte in einem Vortrag an allen Schulen verbreiten. Ein junger Landtagsabgeordneter und Historiker befand damals die Jugend dafür noch nicht reif genug und verhinderte dieses Vorhaben. Der gleiche Abgeordnete ehrte 1985, nun als Bundeskanzler, SS-Angehörige auf dem Friedhof in Bittburg......!

Am 27. Januar jährt sich zum fünfzigsten Mal die Befreiung von Auschwitz. Welche Gedanken bewegen Dich als Überlebender dieser faschistischen Hölle?

Auschwitz steht als Synonym für all die fürchterlichen Verbrechen der Nazis an der Menschheit. Niemals darf vergessen werden, was in



Worüber wir schreiben wollten:

Über den "neuen" Innenminister,
über die Aktivitäten zum 8. Mai,
über die Planungen zum vierten antirassistischen Ratschlag am 4. Nov. 1995,
über den alltäglichen Rassismus,
über Gewerkschaften und Antifaschismus,
über antifaschistische Kultur,
neues über die Bildzeitung und Rassismus in den Medien usw. usw..

Einiges davon werden wir in der nächsten Ausgabe bringen.

Aufgespießt

"Alle demokratischen Kräfte sind zur geistig-moralischen Auseinandersetzung mit extremistischen Gruppierungen und Bestrebungen, mit Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß aufgefordert."
Mehr Worte fand Herr B. Vogel in seiner Regierungserklärung vom 7.12.1994 nicht.
Unser Lob: endlich ein ehrlicher Politiker, denn die Anzahl der Worte entspricht in etwa der Anzahl ihrer Taten gegen Rassismus und Neofaschismus.

In der nächsten Ausgabe:

Interview mit Innenminister Dewes

Aus termlichen Gründen kam das Gespräch für diese Ausgabe der AntifaN nicht rechtzeitig zustande. Der Minister lies jedoch über seine Pressestelle ausrichten, daß sie auch zum Antifaschismus gehörten.

Auschwitz geschah. Mit wissenschaftlicher Akribie erprobten die Nazis dort, wie man mit geringstem Aufwand Millionen von Menschen ermorden und verschwinden lassen kann.
Mit Hilfe der deutschen Chemieindustrie, der IG-Farben, entwickelte und perfektionierte man mit dem Zyklon-B, dem Giftgas die Methode des Massenmords.
In einer solchen Ungeheuerlichkeit ist das einmalig in der Geschichte. Wir Überlebenden wehren uns deshalb mit ganzer Kraft gegen die Versuche, diese Verbrechen zu vertuschen oder zu verniedlichen. Konsequent stellen wir uns jedoch auch gegen den Versuch, mit der sogenannten Totalitarismustheorie die Verbrechen des Faschismus mit dem, was in der DDR geschah, gleichzusetzen. Neben all dem, mit dem man sich zweifellos kritisch auseinandersetzen muß, stehen auch solche Fakten wie die Bodenreform, oder die Tatsache, daß allen Kindern das Lernen und Studieren ermöglicht wurde. Dazu zählen ja auch die Ostdeutschen, die heute als Minister oder Abgeordnete wirken.
Wir wenden uns gegen Versuche, die Geschichte umzuschreiben wie es z.B. der Pseudowissenschaftler Niethammer in seinem Buch "Der 'gesäuberte' Antifaschismus" versucht. Es kann nicht sein, daß nach dem Willen dieser Leute aus Opfern Täter werden.
Ich habe zu Buchenwald eine ganz persönliche Beziehung. Am 22. Januar 1945 kam ich mit 500 anderen jüdischen Häftlingen auf dem Todesmarsch nach Buchenwald. Daß wir das überlebten, verdanken wir den Buchenwaldhäftlingen, vor allem der Solidarität der politischen Buchenwalder. Deshalb wird für mich auch der 11. April 1945 ein unauslöschbares Datum sein.
Ich möchte in mehreren Veranstaltungen mit meinen Erfahrungen dazu beitragen, nichts zu vergessen und uns der Opfer zu erinnern. Am **1.Februar** habe ich in Weimar Gespräche mit Schülern und Studenten und mit dem BdA Thüringen, am **2.2.** werde ich zu Foren nach Heiligenstadt und Erfurt kommen.

Mit Kurt Goldstein sprach Diethard Hemme, Landessprecher des BdA Thüringen.



Der 8. Mai 'Tag der Niederlage' oder 'Tag der Befreiung'?

Achter Mai 1945 - 8. Mai 1995, wie lang sind 50 Jahre? Reichen sie zum Verdrängen, zum Vergessen? Sicherlich ist es für einige bequem, läßt es sich ruhiger leben, wenn man/frau sich der Geschichte entledigt. Manche berufen sich auf "die **Gnade** der späteren Geburt". Gerade heute, nachdem die DDR und die BRD zu einem Staat zusammen gepreßt wurden, es eine einheitliche BRD gibt, müssen wir uns zu unserer Geschichte bekennen. Auch wenn die meisten von uns die Zeit des Hitlerfaschismus nicht selbst erlebt haben, fühlen wir uns verantwortlich! Verantwortlich als Teil eines Volkes, das die schwere, d.h. verbrecherische, Last der Vernichtung von Millionen Menschen auf sich geladen hat. Es erfüllt uns mit Schrecken, daß Fremdenhaß, Rassismus, antisemitische und faschistische Parolen und Übergriffe reale Erscheinungen in unserem Land sind, daß deutscher, in seiner singularen Daseinsweise besonders gefahrlicher Nationalismus geschürt wird und zum Alltaq gehört.
Gerade 1995, wenn sich zum fünfzigsten Mal der "8. Mai" jährt, kommt es darauf an, diesen Tag als Tag der Befreiung vom Nazi--Faschismus zu begreifen und zu begehen.
An anderer geistiger Stelle denkt man/frau laut über den "Tag der Niederlage oder des Untergangs" nach, als ob vorher etwas positives (die Tatsachen sind bekannt) bestanden hätte. Das einzige, was als Niederlage und Scham übrig bleibt, ist, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit den wahnwitzigen Parolen und Zielen des deutschen Faschismus hinterhergelaufen ist und sich und die Welt von der Barbarei nicht sebst befreit hat.
Der 8. Mai ist ein Feiertag und ein Danktag - wir müssen uns bei allen bedanken, die uns befreit bzw. mitgeholfen haben, daß wir befreit wurden.
Der 8. Mai ist ein Gedenktag. Es ist ein zugleich ehrendes, mahnendes und verpflichtendes Gedenken - Nachdenken. Es verpflichtet uns, alles mögliche zu tun, daß Rassismus, Nazismus und Neofaschismus in jeder ihrer Spielarten und überhaupt gesellschaftliche Bedingungen und Strukturen, die dazu führen können, aus unserem Land und von der Erde verschwinden.
Und sei dies auch gegen den mentalen Mainstream und/oder staatliche und andere Machtinteressen (z.B.Abschaffung des Asylrechts, Verharmlosung der Nazizeit, Entfernen und "Neubewertung" des antifaschistischen Widerstandes, Verhöhnung der Opfer, Vormachtstreben und Revanchismus, weltweites Marschieren der Bundeswehr, Demokratieabbau, vorherrschendes "Frauenbild").

Wir müssen begreifen, daß es ein Grundrecht und eine Grundpflicht zum Widerstand gibt - Der 8. Mai ist für uns ein Kampftag - wider das Vergessen und das Schweigen!

Asor
(Siehe Veranstaltungshinweise)

Brandsätze gegen geistige Brandstifter

Kriminalisierung der Antifa

Revolutionäre Lesbenfrauengruppen und andere revolutionäre Gruppen bekannten sich zu verschiedenen Anschlägen gegen Druck, Auslieferung und Verkauf der rechtsextremen Zeitung "Junge Freiheit". Am 20.12. wurden weitere Anschläge gegen den Thüringer NPD-Vorsitzenden Frank Golkowski *(am 25.12. scheitert vor der Northeimer Wohnung ein Anschlag (Autobombe; siehe Rubrik "Gewalt von Rechts"))* und den Leiter der Polizeidirektion Gotha angekündigt.

Steht eine Welle "antifaschistischer" Gewalt bevor?

Der Tatsache, daß die JF nicht mehr in Weimar gedruckt wird und vielleicht einige Disponenten die Zeitung aus ihrem Kontingent streichen, weint kaum einer eine Träne nach. Die Frage, die sich stellt, ist weniger eine moralische, sondern eine politische. In Phasen in denen der Faschismus an der Macht ist bzw. droht, an die Macht zu kommen, ist jedes Mittel gerechtfertigt, dies zu verhindern.

In einer solchen Phase ist Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Menschen gerechtfertigt, ja notwendig. Der Anschlag auf Hitler, Mussolini und andere Faschisten war politisch richtig. Der Menschheit wäre viel Leid erspart geblieben, wenn die Führung der europäischen faschistischen Bewegung vor der Machtübertragung "beseitigt" worden wäre.

Die BRD, eine präfaschistische Gesellschaft?

Wer schreibt, "man werde jetzt" nach Weimar "auch Personenschäden in Kauf nehmen", geht offensichtlich davon aus, daß wir uns in einer mit den Tagen vor der Machtübertragung an die Hitlerfaschisten ähnlichen Lage befinden. Bewußt grenzen sich die AutorInnen der Bekennerbriefe von der Verteidigung der "Scheindemokratie" ab und erklären "allen Formen von Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung. Hier und weltweit!" den Kampf.
In ihrem Denken scheint die Frage, ob Deutschland eine präfaschistische Gesellschaft ist, schon längst beantwortet zu sein.

Es macht für die AutorInnen offensichtlich keinen Unterschied, ob Menschen gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung kämpfen können, oder ob sie befürchten müssen, an der nächsten Ecke von SS- oder GeStaPo-ähnlichen Einheiten im Auftrage des Staates ermordet zu werden.
Es hat offenbar keine Bedeutung, daß Menschen für ihre Forderungen demonstrieren und streiken können.
Es ist augenscheinlich belanglos, daß die Regierenden und Herrschenden in ihren Entscheidungen die Legitimation durch die Mehrheit des Volkes brauchen.
Für mich sind das gegenüber einer faschistischen Gesellschaft wesentliche, ja lebenswichtige, Unterschiede.

Scheindemokratie

Wer in diesem Lande versucht, gegen die Staatsbürokratie im Sinne betroffener Menschen Maßnahmen durchzusetzen, bekommt zu spüren, daß wir in einer parlamentarischen Demokratie leben, in der Parlamentarier gegenüber den WählerInnen kaum Rechenschaft ablegen müssen. In dieser Gesellschaftsform verwalten Politiker für die Mächtigen und deren Interessen die Macht und geben je nach Kräfteverhältnis dem "Volk" ab und zu etwas ab.

Scheindemokratisch und doch nicht, denn wir haben die Chance, andere Kräfteverhältnisse zu schaffen.

Geduld ist nicht angesagt!

Die eigene Unfähigkeit, durch Massenaktionen den Staat, aber auch die Union-Druckerei zur Abkehr zu bringen, durch Gewaltaktionen zu ersetzen, wird keine Erfolge bringen.

Freiheit ist immer die Freiheit des Ähnlichdenkenden - doppelte Moral

Ich kann mich über die Gewaltakte gegen die "Junge Freiheit" nicht moralisch entrüsten. Die "Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden"-Schreiber Gauweiler und Cohn-Bendit geben vor, sich gegen Gewalt zu wenden. Zumindest bei Leuten vom Schlage des Gauweiler ist zu bezweifeln, daß es ihnen um die "Freiheit" des Andersdenkenden geht. Die "JF" ist eher **ähnlichdenkend!** Gauweiler & Co. rechtfertigen heute noch das Verbot der KPD, die Berufsverbote und die Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte. Sie haben offensichtlich ein gespaltenes Verhältnis zur Freiheit. Ihre Freiheit darf nur gelten für Menschen die im liberalkonservativ-reaktionären Sinne systemkonform sind.

Erlaubt ist offensichtlich, was ihren eigenen Interessen nicht schadet. Die "Demokraten" stellen sich hinter Organisationen und Medien (JF), die nicht einfach nur eine andere Meinung haben, sondern den Boden vorbereiten für Mord, Rassismus und Antisemitismus. Man stelle sich vor, die rassistische Gewalt hätte in den letzten Jahren mehr als 100 VertreterInnen der Politik und Wirtschaftsverbände das Leben gekostet, der gesamte Gewaltapparat hätte zugeschlagen und das Problem wäre beseitigt gewesen.
Die JF und die andere neofaschistischen Medien und Organisationen haben durch ihre Ideologie und Taten die demokratischen Rechte verwirkt.

Kriminalisierung der Antifas

Es ist durchaus im Rahmen des Denkbaren, daß die Akteure von Weimar es als opportunistisch abtun, nach den politischen Folgen einer Aktion für die gesamte Antifa-Bewegung zu fragen.
Irritierend ist allerdings, daß am 20.12. ein weiterer Bekennerbrief einging, der Gewalt gegen Menschen ankündigt. Und als ob man die Bundesstaatsanwaltsschaft mit der Nase auf die vermeintlichen Autoren stoßen möchte, gibt man sich als Gothaer und Göttinger Antifa zu erkennen.

Ein weiteres Celler Loch?

Zumindest die Vermutung schleicht sich ein, daß durchaus ganz andere als die sog. "Revolutionären Lesbenfrauengruppen und andere revolutionäre Gruppen" hier am Werk sein könnten. Der Anschlag auf Golkowski ist nur gescheitert, weil dieser aufgrund der massiven Drohungen der letzten Tage unter besonderer Beobachtung durch die Sicherheitorgane stand und der Anschlag aus dem "eigenen" Lager kam.

In den Verfassungsschutzberichten der letzten Jahre und in der veröffentlichten Meinung hat man versucht, die Antifas zu kriminalisieren und als linkes U-Boot zu klassifizieren. Diese Kampagne der Konservativen kann als gescheitert betrachtet werden. Wenn Propaganda, Kriminalisierung einzelner Antifas, Hausdurchsuchungen usw. nicht die Früchte tragen, die VS u.a. sich erhofften, dann könnte dieser Staat - das wäre nicht das erste Mal - auch bereit sein, selbst Hand anzulegen und für die Grundlage für die Kriminalisierung der linken Antifas zu sorgen.
Das medienwirksame Scheitern des Golkowski-Anschlages spricht sehr für die These eines "selbstgestrickten" Anschlages.

Ob Celler Loch oder Anschlag Linksextremer,

die nächsten Anschläge werden dazu führen, daß unter Führung der Bundesstaatsanwaltschaft zur Hatz auf die Antifas geblasen wird.

Die mediale Unterstützung von Spiegel, FAZ usw. ist ihnen gewiß.

l.a.f.



Eisenacher Polizei beim Schützen der Ähnlichdenkenden

Jugendpolizei

Nach der Razzia an der Krämerbrücke im Sommer 94 wurde die Einstellung von Jugendpolizisten angekündigt, die neben dem Jugendbeauftragten der Polizei offenbar im Streifendienst eingesetzt werden sollen. Wie weit dieses Projekt, von der Polizei initiiert und vom Jugendamt begrüßt, inzwischen gediehen ist, ist unklar. Aus der Opposition des Rates klang offiziell bisher nur Zustimmung zu dem Vorhaben.

Es ist mir bekannt, daß es bei der PDS und bei Grüne/ Forum auch andere Meinungen gibt. Das von Matthias Sengewald in seinem Leserbrief (siehe diese Ausgabe) angebotene Gespräch könnte der Anfang einer notwendigen Diskussion mit den Parteien sein. Daß es bisher nicht stattfand und jetzt erstmal dieser Beitrag entstand, ist rein zeitlichen Gründen des Autors geschuldet.

Die Einrichtung spezieller Jugendkommissariate wurde bereits Ende der 70er Jahre in NRW angeordnet

Umfassende Unterlagen über Jugendkriminalität und Orte an denen Jugendliche gefährdet sind, sind anzulegen. Zu dem sollen sie intensiven Kontakt und Zusammenarbeit mit örtlichen Behörden der öffentlichen Jugendhilfe und -fürsorge, den Justiz- und Schulbehörden sowie den mit Jugendfragen befaßten Organisationen, Verbänden und Vereinen suchen. Zu bildende Arbeitsgruppen sollen in regelmäßigen Besprechungen zum Beispiel folgende Probleme erörtern: Planung und Durchführung von Jugendschutzstreifen, Austausch von aktuellen Ereignissen, Koordinierung und Durchführung gemeinsamer Öffentlichkeitsmaßnahmen (sinngemäß aus dem Erlaß des NRW-Innenministers).

Das Auftreten der Jugendbeamten, sei es nun in Uniform oder Zivil, bedeutet strukturell in jedem Fall ein weiteres Vordringen des Staates in Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens. Die soziale und staatliche Kontrolle bzw. Beeinflussung mit der Jugendliche in Schule, Lehre und staatlichem Zwangsdienst (Wehr- und Zivildienst) konfrontiert sind, wird erweitert, um einen Bereich, der Ihnen bisher oft zur eigenverantwortlichen Selbstgestaltung blieb. Dieser Bereich würde damit einer repressiven Beobachtung und Intervention unterliegen, die der traditionell autoritär-konservativen Polizei obläge.

Nicht nur die Jugendlichen müssen diesen Bereich verteidigen, sondern auch die SozialarbeiterInnen, weil sie faktisch zu Hilfspolizisten gemacht werden.

Die vollmundigen Bekundungen hoher Jugendamtsbeamter, es gäbe keine informelle Zusammenarbeit, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es für Sozialarbeiter im konkreten Fall kein Zeugnissverweigerungsrecht gibt. Sollten Sozialarbeiter Jugendpolizisten die Türen ihrer Jugendtreffs öffnen, so kann dies für Jugendliche nur heißen, ihnen das Vertrauen aufzukündigen und kein Wort über Probleme zu verlieren, die in irgendeiner Form strafrelevant sein könnten.

Armut und Arbeitslosigkeit wird in Deutschland nicht bekämpft sondern verwaltet. Der u.a. daraus entstehenden Kriminaltät, die grundsätzlich nur gesellschaftlich gelöst werden kann, wird mit staatlicher Repression begegnet. Wer mehrmals erwischt wird, bekommt nicht die Gelegenheit sich zu ändern, sondern geht in den Knast. Bestrafung geht vor Hilfe.

Der Jugendpolizist ist der verlängerte Arm dieses Systems in die Privatsphäre der Jugendlichen.

Der Jugendpolizist täuscht nicht nur vor, gesellschaftliche Probleme mit staatlichen Mitteln lösen zu können, er steht im konkreten Fall auch für die Bekämpfung emanzipatorischer politischer Bewegungen mit den Mitteln staatlicher Gewalt.

Er steht für Bespitzelung, Vorladung und Strafprozeß. Nur daß er es mit wesentlich weniger ggf. negativer Öffentlichkeit betreibt wie die Polizei-Hundertschaft.

"Der kennt seine Pappenheimer". Heißt es, daß bei der nächsten Polizeiaktion nicht mehr aus Versehen ausländische Gäste oder Kinder von Ratsmitglieder bzw. "angesehener BürgerInnen" verhaftet werden? Dann wird nur noch der sich "illegal aufhaltende" Flüchtling verhaftet, in den Knast gesteckt und in Hunger und Folter seines Landes abgeschoben. Dann wird gezielt der/die politisch mißliebige Aktivist/in verhaftet, ED(erkennungsdienstlich)-behandelt und verhört.

Der Anlaß der Einrichtung solch einer Jugendpolizei spricht Bände über die eigentliche Intention der Initiatoren. Die großangelegte Polizeiaktion an der Krämerbrücke hatte einigen Wirbel verursacht. Großen Teilen der Öffentlichkeit und vielen Jugendlichen war klar geworden, daß die Polizei und die Stadtspitze willens und in der Lage ist, für ein einige "illegale Flüchtlinge" und 4 Gramm Marihuana eine Hundertschaft aufzufahren und 50 Jugendliche etliche Stunden mit aufs Revier zu nehmen.

Die gleiche Polizei sah ein paar Wochen später zu wie ein Bus voll rechtsextremer Skinheads durch Thüringen fuhr, Menschen bedrohte und ließ sie schließlich in Buchenwald randalieren.

Prügelnde Polizisten passen nicht ins Bild, das die Ratsherren und -frauen von ihrem "liberalen" Erfurt zeigen wollen. Da ist es doch viel besser so etwas passiert in Zukunft mittels Jugendpolizei ohne Aufsehen und öffentlichen Protest.



"Es herrscht wieder Frieden im Land!"

Linkes Jugendtreffen '95

Sehnsüchte - Träume - Wünsche wer hat sie nicht?

Wir haben uns gedacht, daß wir uns zusammen setzen und gemeinsam **nach Perspektiven suchen** sollten. Nach Wegen zu schauen, wie wir **der besseren Welt** von der wir träumen **näher kommen.**

Wir möchten mit Euch/Dir zusammen kommen und voneinander lernen. Wir, das sind bisher 30 ganz unterschiedliche Jugendliche aus Thüringen, die mit vielen anderen **im Sommer ein großes Treffen** organisieren wollen.

Beim ersten Vorbereitugstreffen trafen sich Menschen aus Antifa Gruppen, der Jungen Gemeinde, HausbesetzerInnen, SchülerInnen, StudentInnen, Auszubildende, Schülerzeitungen, Umweltgruppen, Ag Junge GenossInnen ... in der Offenen Arbeit in Erfurt.

Wenn das Treffen im Sommer gelingen soll, müssen jedoch noch mehr Leute aktiv mit vorbereiten, planen und sich einbringen.

Das nächste Vorbereitungstreffen, zu dem wir Euch/ Dich einladen, ist am 28. Janunar um 13.00 Uhr.

Bisher gibt es 3 Arbeitsgruppen, die noch dringend der Unterstützung und weiterer Teilnahme bedürfen.

- **Organisation (Finanzen, Versorgung, Veranstaltungsort...)**
- **Kultur (Lesungen, Liedermacher, Theatergruppen, Bands, Filme, Kabarett, Zeitung, Radio...)**
- **Inhalt ---vorläufiger Stand:**

Das Treffen soll an einem Grundgedanken aufgezogen werden, an dem in einzelnen gemischten Gruppen in verschiedene Richtungen diskutiert werden soll. Wir wollen gemeinsam unvoreingenommen miteinander reden, dominantes, gegenüber anderen abgeschottetes, Gruppenverhalten wollen wir auf keinen Fall. Wir wollen diskutieren, streiten, lachen, denken, feiern, den anderen akzeptieren.

Neue Wege zu mehr selbsbestimmten Leben können wir nur gemeinsam finden und bauen.

Post an:
Treffen, c/o Offene Arbeit, Allerheiligenstr. 9, 99084 Erfurt

Antirassismuspolitik

Perspektiven und Aufgaben für 1995 in Thüringen



Erst wenige Wochen ist es her, als sich auch in Thüringen zeigte, daß rechtsextreme Parteien keinen Platz im Parlament bekommen. Es haben sich aber immerhin 18.300 Thüringerinnen und Thüringer für die Republikaner entschieden. 1990 waren das noch ca. 11.600 Wählerinnen und Wähler. Ob aber deshalb keine rechtsextremen Ansichten im Parlament vertreten werden, das wird die Zeit zeigen. Trotz des jüngsten Verbotes der Wiking-Jugend wird nichts entscheidendes gegen die Rechtsentwicklung in Thüringen getan. Die zuständigen Behörden sind auf dem rechten Auge blind und konzentrieren ihre Sehkraft auf das linke Auge.

Immer wieder machen Schlagzeilen die Runde, in denen rechte Gewalttäter unbehelligt gegen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger vorgehen. Auf dem Boden dieser Gewalt gegen nichtdeutsche Menschen gewinnt die rechtsextreme Bewegung auch in Thüringen an Zulauf. Auf dem 3. Antifaschistischen und Antirassistische Ratschlag Thüringens beschäftigten sich etwa 250 Menschen mit diesen Problemen und etwa 1000 vornehmlich junge Menschen bekundeten ihre antirassistischen Grundpositionen bei einer Demonstration für Toleranz und Menschlichkeit (AntifaN berichtete darüber).
Gleichzeitig blockiert die CDU multikulturelle Reformen und erhöht den Druck auf Asylbewerberinnen und Asylbewerber durch die Praxis der Abschiebeknäste. Aus der Bundesrepublik sind allein 1993 ca. 36.000 Menschen abgeschoben worden. Das bedeutet eine Verdreifachung der Zahlen zu 1992 und gar eine Versechsfachung zu 1990. Die Zahl der Menschen, die über längere Zeit im Abschiebeknast sitzen, nimmt ständig zu.
13 Selbstmorde von Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, sind 1994 bekannt geworden. Diese und viele andere Tatsachen bestärken uns in der Auffassung, daß der Antirassismus- und Antifaschissmusarbeit in der 2 Wahlperiode des Thüringer Landtages verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt werden muß.

Dabei können die Fraktionen an bereits Bewährtem anknüpfen, denn gerade die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Linke Liste/PDS aber auch die SPD Fraktion haben eine ganze Reihe von Aktivitäten auf diesem Gebiet entwickelt. In der neuen Legislaturperiode müssen die neuen Gegebenheiten berücksichtigt werden.
Die PDS ist die einzige Oppositionskraft im neuen Landtag und hat von daher eine große Verantwortung, daß es zu keinem Bruch kommt auf diesem Politikfeld und die SPD darf nicht im Interesse der Koalition hinter einmal formulierten und eingeklagten Zielen zurückbleiben.

Worum kann es in den nächsten Jahren gehen:

1. Notwendig ist eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts

Das Recht der Bundesrepublik Deutschland gewährt nur den Menschen die vollen StaatsbürgerInnenrechte, die "deutscher Abstammung" sind. Die Grundlage dafür ist die völkische Idee des "Blutrechtes", was angesichts der deutschen Geschichte unfaßbar ist. Das Grundgesetz legt weiter fest, daß "Abkömmlinge" aus dem "Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande von 1937" als "Deutsche" anzusehen sind, also volle StaatsbürgerInnenrechte erhalten.
Im Gegensatz dazu steht der Umgang mit Kindern von ehemaligen ImmigrantInnen. Diese Kinder sind wohl in der Bundesrepublik geboren, kennen Ihre "Herkunftsländer" oft nur aus dem Urlaub oder vom Hörensagen, sprechen ihre "Muttersprache" als "Fremdsprache" aber StaatsbürgerInnenrechte leiten sich daraus nicht ab. Sie sind und bleiben BürgerInnen minderen Rechts.
In Deutschland betrifft das mehr als 6,5 Millionen Menschen. Sie dürfen nicht Wählen, sie dürfen bestimmte Berufe, die den BeamtInnenstatus erfordern, nicht antreten und sie unterliegen diskriminierenden Sondergesetzen.
Zwar gibt es die Möglichkeit der Einbürgerung für Menschen, die seit mehr als 10 Jahren in der BRD leben, doch besteht kein Rechtsanspruch darauf. Vielmehr erscheint das gesamte Verfahren als ein Akt behördlicher Willkür. Dazu kommt ein nicht geringer Geldaufwand und ein, aus der Zeit unserer Vorväter stammendes, "Bekenntnis zum Deutschtum", das mit der Niederlegung der alten Staatsbürgerschaft einher geht.
Landespolitisch sollte es darum gehen, Initiativen im Bundestag zur Änderung des StaatsbürgerInnenrechtes und zur doppelten Staatsbürgerschaft durch eigene Initiativen (Anträge für Initiativen Thüringens im Bundesrat) zu un-



terstützen und, wo möglich, dieses Thema durch außerparlamentarische Aktivitäten in das öffentliche Bewußtsein zu rücken. Über parlamentarische Anfragen wäre zu ermitteln, wieviel Einbürgerungen es überhaupt gibt und wieviel Anträge gestellt wurden. Darüber hinaus ist es notwendig, mit Ausländerbeauftragten und Betroffenenorganisationen über Probleme ins Gespräch zu kommen, die für Menschen entstehen, die sich einbürgern lassen wollen.

■ 2. geht es darum, Abschiebestopps für Flüchtlinge durchzusetzen, denen in ihren Herkunftsländern Gefahr für Leib und Leben droht.

Die Angst vor der Abschiebung grassiert unter den Flüchtlingen, viele sagen offen "lieber Tod als Abschiebung". Dabei spielt die Praxis der Abschiebehaft eine zunehmende Rolle, denn wer weiß schon, was in Menschen vorgeht, die auf der Flucht vor Gefängnis und Folter erneut inhaftiert werden, um anschließend an die Peiniger, denen man entronnen schien, ausgeliefert zu werden. Die Abschiebehaft ist aber ein staatlich legitimiertes Mittel zur Durchsetzung der Abschottungspolitik. Ein Höhepunkt der Abschiebewelle ist weder erreicht noch absehbar. So droht den ehemaligen Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeitern aus Vietnam die Abschiebung. Viele der vietnamesischen VertragsarbeiterInnen der DDR haben zwar inzwischen eine zweijährige Aufenthaltsbefugnis erhalten, aber wer die harten Bedingungen nach Ablauf nicht erfüllen kann, dem droht gnadenlos die Abschiebung.
Die Situation der Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien sieht ähnlich aus. Die meisten von ihnen haben den rechtlichen Status der Duldung, d.h. einer ausgesetzten Abschiebung, die in 15 Tagen vollzogen werden kann. Nur Bosnier dürfen bleiben, nach Kroatien und Serbien wird abgeschoben. Algerische Bürger, die die Bundesrepublik Deutschland erreicht haben werden abgeschoben, weil Algerien laut Liste des Bundesaußenministeriums als sicher gilt. Die aktuellen Entwicklungen in diesem Land, die lt. amnasty international bereits 100.000 Opfer gefordert haben, finden keine Beachtung. Konkrete Fälle der Abschiebepraxis in Thüringen liegen uns vor.
Wichtig wäre für die Arbeit, feste Kontakte zu solchen Gruppen und Organisationen wie amnasty international zu knüpfen. Die Organisierung von Besuchen der Fraktionen in Abschiebeknästen wäre ein Projekt, das für die nötige Sachkenntnis und Öffentlichkeit sorgen könnte.

■ 3. Erneut auf die Tagesordung des Thüringer Landtages wäre eine Initiative zur Entwicklung eines Programms für antirassistische Bildungs-, Kultur- und Sozialarbeit zu setzen.

Diese Forderung wurde sowohl durch die Fraktion LL/PDS, Bündnis 90/Die Grünen und die SPD Fraktion in der vergangenen Ligislaturperiode gestellt. Da gerade auf diesem Gebiet eine hohe Eigenständigkeit der Bundeländer gegeben ist, sollte ein Antrag in dieser Richtung formuliert werden. Ein Konzept sollte mit vielen Verbänden und Vereinen sowie Betroffenenorganisationen diskutiert werden und solche Punkte enthalten wie Sozialpraktika von SchülerInnen und StudentInnen in Ausländerbeiräten, multikulturellen Vereinen und Flüchtlingsorganisationen.

■ 4. Da die PDS auf Bundesebene weiter an einem Antirassismusgesetz arbeiten wird, auch Bündnis 90/Die Grünen an einem solchen Gesetz arbeitet und das Europäische Parlament an einer für die Mitgliedsstaaten verbindlichen Richtlinie für eine solche Gesetzgebung arbeitet, muß überlegt werden, wie dieses Vorhaben aus Landessicht unterstützt und mitgetragen werden kann.

Weitere Überlegungen sollten dahingehen solche Themen aufzugreifen wie:

Die Stärkung der Stellung der kommunalen Ausländerbeauftragten. Dabei muß es um solche Dinge gehen, wie die Einführung von Kontrollbefugnissen, die Möglichkeit als Nebenkläger zugunsten der Opfer auftreten zu können und Rede und Vorlagenrecht in den Kommunalparlamenten.

"Kampf" gegen die wachsende Illegalisierung von Flüchtlingen und das Benutzen dieser Menschen als Bösewichte auf den verschiedensten Gebieten.

Entwicklung von Bundesratsinitiatven zur Durchsetzung des kommunalen Ausländerwahlrechtes

Für die weitere Politik in Thüringen wäre es wichtig, daß das Thema Ausländer, Antirassismus und Antifaschismus in der Arbeit der Parteien und der Fraktionen weiter aus der randständigen Existenz herauskommt und von einem "Hobbythema" weniger Menschen zu einem rechts-, bildungs- und sozialpolitischen Querschnittsthema entwickelt wird.

JS

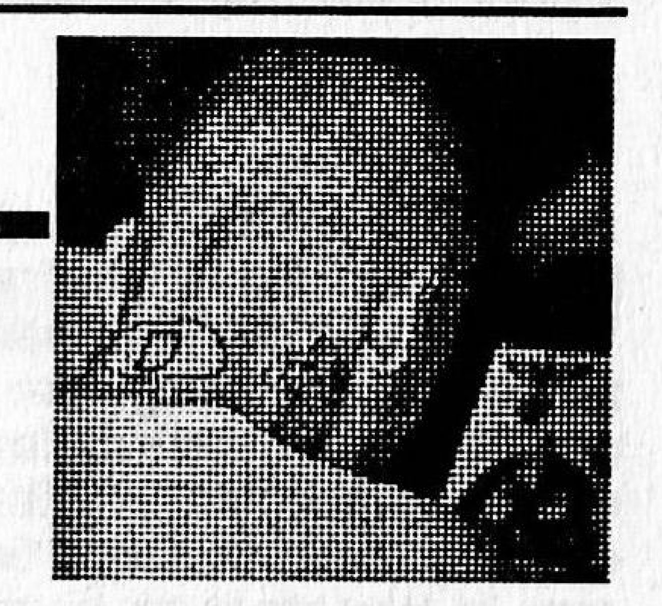
STOPPT RASSISMUS UND FREMDENHASS! GEWERKSCHAFT GdV

SPD/ CDU Koalition verschärft Maßnahmen zur "Inneren Sicherheit"

Das Regierungsprogramm der Großen Koalition liegt auf dem Tisch. Die Vereinbarungen zur Inneren Sicherheit sprechen eine eindeutige Sprache, in welche Richtung der Zug fährt: Stärkung der Überwachung und Kontrolle politisch mißliebiger Personen und Gruppen.
Angekündigt wird:
Intensivierung des Informationsaustausches zwischen Polizei und Verfassungsschutz
Der Tag, an dem einer der letzten Lehren aus den Schrecken des Nationalsozialismus, nämlich die strikte Trennung von Geheimdiensten und Strafverfolgung, zugunsten einer legalen Zusammenarbeit aufgegeben wird, rückt offenbar immer näher. Entsprechende Gesetzesinitiativen der Scharfmacher in der Regierung kündigen sich an. Die Erstürmung des Altenburger Alternativhauses durch Feldjäger der Bundeswehr und Polizeieinheiten, angeblich um Totalverweigerer zu verhaften, weist die Richtung.
Razzien und gezielte Kontrollen an Szene-Treffs, um einen permanenten Verfolgungsdruck zu erzeugen
Wer sich erinnert an die Verhaftung von 50 links-alternativen Jugendlichen, die im Sommer friedlich den Abend genossen, wird wissen, wer gemeint ist. Sprache und Vorgehensweise ähneln zunehmend DDR-Sicherheitsorganen.
Intensivierung der polizeilichen Beobachtung
Opfer polizeilicher Beobachtung werden wieder besetzte Häuser, alternative Zentren und antifaschistische AktivistInnen sein. Daß polizeiliche Beobachtung von Nazis, wenn sie denn erfolgt, noch lange nicht zum Einschreiten führt, haben nicht zuletzt die Ereignisse um Buchenwald gezeigt.
Stattdessen wird heruntergespielt und abgewiegelt, von irregeleiteten Jugendlichen und betrunkenen Nazis gesprochen.

Der neue Innenminister Dewes hat kurz nach seiner Ernennung mit denen Bekanntschaft gemacht, die Andersfarbige und Andersdenkende bedrohen. Er wurde von Nazi-Skins bedroht und geschlagen.
Die Zukunft wird zeigen, wie ernst der Passus
Konsequente Maßnahmen gegen die Herstellung und Verbreitung gewaltverherrlichender, rassistischer Musikstücke/ Texte/ Bilder/ Symbole
gemeint ist. Dewes dürfte in der rechtsextremen Szene Thüringens ein weites Feld finden.

casachiara



Gewalt von Rechts

Die Früchte der geistigen Brandstifter

Es ist ruhig geworden. Der durchschnittliche Zeitungsleser könnte leicht zu dem Schluß kommen, daß die rassistische Gewaltwelle nachgelassen hat. Das einzige, was u.E. nachgelassen hat, ist die Aufmerksamkeit der Medien. Wir werden daher ab dieser Ausgabe rechtsextrem motivierte Gewaltakte dokumentieren. Um eine möglichst komplette Dokumentation zu ermöglichen, brauchen wir die Hilfe der LeserInnen. *Wir bitten Euch, Zeitungsberichte oder auch eigene Meldungen über rechte Übergriffe uns zuzusenden.*

Die unvollständige Liste der Monate November und Dezember:

■ 3.11.1994

Halle (MZ) "Sieg Heil" und der Davidstern wurden am späten Nachmittag an das Händeldenkmal gesprüht.
(Aus: Subbotnik in LA Nr. 66)

■ 4.11.1994

Halle (MZ) In Halle-Neustadt hat ein 16-jähriger einen vietnamesischen Zigarettenhändler mit einem Messer verletzt.
(Aus: Subbotnik in LA Nr. 66)

■ 5.11.1994

Halberstadt Ca. 60 Rechtsradikale griffen eine Kneipe an, in der sich ca. 20 vermutliche Linke befanden. Die Polizei verhinderte Auseinandersetzungen.
(Aus: Subbotnik in LA Nr. 66)

■ 5.11.1994

Altenburg; Am Sonnabend, genauer am frühen Morgen gegen 1.00 Uhr, ereignete sich der erste schwere Zwischenfall vor der Heinrich-Heine-Str. 3. Eine Meute von etwa 15 Faschisten, im Alter von 15-20 Jahren, versuchte zuerst ein heimkehrendes Pärchen anzugreifen und bepöbelte dieses auf das übelste. Nachdem sich das Pärchen im letzten Moment ins Haus retten konnte, fingen die jugendlichen Nazis an, die Bewohner des Hauses zu beleidigen. Nur ein paar Sekunden später brach das Inferno los: sie warfen Steine, entglasten die ganze Vorderfront des Hauses und gaben ihren Siegestaumel durch "Sieg Heil", "Heil Hitler" - Rufe und heben des rechten Armes Ausdruck. Kurze Zeit später beendete die Polizei den Spuk. Zurück bleibt eine enorme Schadensbilanz: ein Verletzter mit voraussichtlicher bleibender Schädigung, 12 von 17 Fenstern zerstört, Auslegware und Interieurbestandteile beschädigt oder unbrauchbar, technisches Gerät unter anderem Computerbestandteile (die teilweise zum Mailboxprojekt gehören) beschädigt. Gegen die Täter wurde Anzeige erstattet. (Aus: /CL/ANTIFA)

■ 6.11.1994

Altenburg; Am frühen Sonntag, zwischen 4.00 Uhr und 4.30 Uhr erreichten die faschistischen Angriffe eine neue Qualität. In ihrer grenzenlosen Feigheit griffen sie das Alternativhaus Altenburg mit Molotowcocktails an. Sie trafen ein Schlafzimmerfenster, in dessen zugehörigen Zimmer ein Mieter des Hauses schlief. Der Anschlag wurde zeitig genug entdeckt, um das schlimmste zu verhindern. Wir bewerten das als versuchten gemeinschaftlichen Mord. Einige Täter sind uns namentlich bekannt. Anzeige ist erstattet worden.
(Aus: CL/ANTIFA)

■ 6.11.1994

Aus: Oberhessische Presse vom 8. November 1994

Bundeswehrsoldat ersticht 18-jährigen.

Rotenburg. Ein 18-jähriger aus Rotenburg ist am Sonntag abend von einem 19 Jahre alten Bundeswehrsoldaten erstochen worden. Wie die Polizei mitteilte, war es zwischen 5 Bundeswehrsoldaten, die auf dem Weg in ihre Kaserne waren, und einer Gruppe Jugendlicher im Bahnhof Rotenburg zu Auseinandersetzungen gekommen, bei der ein Soldat das Messer zog.

Im Infoladen Marburg ist heute die Information eingegangen, daß es sich beim obigen Bericht, um die Ermordung eines Antifaschisten und die Schwerverletzung eines weiteren, der aber nicht in Lebensgefahr schwebt, handelt.
(Aus: /CL/ANTIFA)

■ 13.11.1994

Buchenwald; Neun mutmaßliche Anhänger der vor wenigen Tagen verbotenen Wiking-Jugend sind auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Buchenwald festgenommen worden. Wie die Polizei erst am Montag mitteilte, wurde bereits am Sonntag in den Fahrzeugen der aus Weimar, Sondershausen, Bochum und Münster stammenden jungen Männer umfangreiches Propaganda-Material der Wiking-Jugend gefunden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen der Verwendung verfassungswidriger Symbole.
(Aus : FR vom 15.11.1994)

■ 13.11.1994

Im brandenburgischen Fürstenwalde stoppte die Polizei am Volkstrauertag einen Marsch von Rechtsextremisten. Wie das Polizeipräsidium Frankfurt/Oder am Montag mitteilte, wurden 22 Neonazis festgenommen, außerdem ein Treffen der rechtsextremen "Kulturgemeinschaft Preußen e.V." auf dem Soldatenfriedhof in Halbe bei Berlin verhindert.
(Aus: FR vom 15.11.1994)

■ 14.11.1994

Erneuter Überfall durch Skins in Magdeburg Olvenstedt

Magdeburg (ADN) Nach einem erneuten Skinheadüberfall gestern morgen in Magdeburg hat die Staatsanwaltschaft die Inhaftierung der vier festgenommenen mutmaßlichen Täter beantragt. Sie sollen heute dem Haftrichter vorgeführt werden. Den 15 bis 22 Jahre alten Skins wird vorgeworfen, im Neubaugebiet Olvenstedt unter Androhung von Gewalt einem vietnamesischen Strassenhändler diverse Textilien entwendet zu haben. Drei der Jugendlichen waren bereits am Montag bei einem räuberischen Diebstahl in einer Kaufhalle sowie einem Angriff auf Schüler beteiligt. Nach der Feststellung der Personalien wurden sie von der Polizei auf freien Fuß gesetzt, da "keine ausreichenden Haftgründe" vorlagen.
(Aus: Hallesches Tageblatt vom 15.11.1994)

■ 10.12.1994

Berlin, 11. Dezember (afp). Bei einem Treffen der rechtsextremen "Deutschen Nationalisten" sind am Samstag abend 19 Personen vorübergehend festgenommen worden. Nach Polizeiangaben wollten die Teilnehmer offenbar den zweiten Jahrestag des Verbots der "Deutschen Alternative" begehen. An dem Treffen in Berlin-Hohenschönhausen nahmen 35 Rechtsextreme teil. Bei einer Schlägerei zwischen Jugendlichen aus der rechten und linken Szene in Berlin-Marzahn wurden 21 Personen vorübergehend festgenommen.
(aus : FR vom 12.12.1994)

■ 10.12.1994

Michaelstadt/Miltenberg. Rund 200 junge Rechtsextreme haben am Samstag im fränkischen Klingenberg (Kreis Miltenberg) einen "Europäischen Kongreß der Nationalen Demokraten" abhalten können. Die Veranstaltung sollte nach Mitteilung der Polizeidirektion Erbach zunächst in einer Gaststätte in Michelstadt im Odenwald stattfinden. Der Besitzer des Lokals hatte den Vertrag nach Darstellung der Polizei aber gekündigt, nachdem er erfahren hatte, welche Gruppierung sich hinter den Saalmietern für einen "Europäischen Jugendkongreß mit Liederabend" verbarg.
Dennoch reisten am Samstag vormittag, so die Polizei, "ungebetene Gäste" an - Teilnehmer aus Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Kroatien und dem Bundesgebiet. Nach der Absage in Michelstadt fuhren sie in mehrere Richtungen davon und steuerten verschiedene Treffpunkte an, um, so die Kripo Erbach, "die Polizei in die Irre zu führen". Observationen ergaben, daß der Veranstaltungsort nach Klingenberg verlegt wurde. Dort hatte die NPD-Nachwuchsorganisation nach Ermittlungen der Polizeidirektion Aschaffenburg am Freitag abend einen Gasthaussaal gemietet. Offenbar habe der ausländische Wirt aus Unkenntnis gehandelt, so ein Polizeisprecher.
(aus : FR vom 12.12.1994)

■ 12.12.1994

Antifaschist in Halberstadt lebensgefährlich verletzt!

In der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember wurde in Halberstadt (bei Magdeburg/Sachsen-Anhalt) ein Antifaschist von mehreren Faschisten angegriffen und mit Messerstichen in Rücken und Lunge lebensgefährlich verletzt. Im Moment sind sechs bis sieben Faschisten im Knast, werden aber wahrscheinlich wieder entlassen. [...]
Der Antifaschist liegt noch auf der Intensivstation.
(aus : Information des Autonomen Infobüros im JUZI Göttingen in /CL/ITERMINE am 15.12.1994)

■ 13.12.1994

Algerischer Tourist von Skins verprügelt

Lübeck (dpa) Ein 31jähriger Tourist aus Algerien ist in Lübeck von mehreren Skinheads brutal zusammengeschlagen worden. Drei der fünf Täter wurden festgenommen.
(aus : WZ vom 14.12.1994)

■ 14.12.1994

Hilden. Am Mittwoch letzter Woche war bei einem Überfall einer 18jährigen Südafrikanerin von zwei Tätern ein Hakenkreuz in den Arm geritzt worden (die WZ berichtete). Die Polizei sucht jetzt nach einem etwa 18 Jahre alten Mann, der 1,75 bis 1,80 Meter groß ist. Der Täter ist von schmaler Figur, trug ganz kurzes hellblondes Haar und hat eine auffallen lange und große Nase. In einem Ohr trägt er drei bis vier Ohrringe oder -stecker in einem Ohr und einen großen Ring am Mittel- oder Ringfinger der rechten Hand. Bekleidet war er mit einer schwarzen weiten Jacke, schwarzer Hose und dunklen Stiefeln. Der zweite Täter ist kleiner und noch schmaler als der andere Täter und 15 bis 16 Jahre alt. Er hat ebenfalls hellblonde kurzgeschnittene Haare und trug an beiden Ohren einen Ring oder Stecker. Bekleidet war er mit einer dunklen Jacke und einem roten Sweatshirt. [...]
(aus : WZ vom 20.12.1994)

■ 15.12.1994

19jähriger Mann gesteht versuchten Brandanschlag

RENDSBURG,18. Dezember (dpa). Der versuchte Brandanschlag auf eine vierköpfige Familie aus Sri Lanka in

der vergangenen Woche in Rendsburg scheint aufgeklärt. Nach Angaben der Kriminalpolizei vom Sonntag hat ein 19 Jahre alter Jugendlicher gestanden, in der Nacht zum vergangenen Freitag einen Molotowcocktail durch die Scheibe des Kinderzimmerfensters der Parterrewohnung geworfen zu haben. Der Brandsatz hatte sich nicht entzündet, so daß die beiden Kinder der Familie sowie deren 34 Jahre alte Mutter, die ebenfalls in dem Zimmer schlief, unverletzt blieben. Als Motiv für seine Tat gab der I9jährige bei der Polizei "Ausländerfeindlichkeit" an. Zusammen mit anderen hatte er Tage zuvor bereits die Reifen am Auto des Familienvaters zerstochen.
(aus : FR vom 19.12.1994)

■ 17.12.1994

Brandanschläge auf Asylbewerberheime

MÜNSTER, 18. Dezember (ap). Bei einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim im westfälischen Rosendahl-Holtwick haben in der Nacht zum Sonntag eine Frau und zwei Kleinkinder aus dem ehemaligen Jugoslawien Rauchvergiftungen erlitten. Das Feuer war nur durch Zufall rechtzeitig von einem der Asylbewerber entdeckt worden. Die unbekannten Täter waren gewaltsam in das Haus eingedrungen und hatten an mehreren Stellen Brandherde gelegt.
In Bandelin im Landkreis Ostvorpommern wurden zwei Jugendliche aus dem ehemaligen Jugoslawien verletzt, als mehrere Deutsche nach einem Streit das Flüchtlingsheim mit Steinen und Flaschen bewarfen. Der Streit hatte in der Nacht zum Samstag in einer Discothek begonnen. Als die Asylbewerber in ihr benachbartes Heim flohen, warfen die Verfolger die Fenster des Gebäudes ein. Dabei wurde ein 13jähriges Mädchen von Glassplittern im Gesicht verletzt, ein 18jähriger Landsmann zog sich Prellungen am Arm zu.

Unklar ist die Ursache eines Feuers, das in Kammeltal im Landkreis Günzburg ein Quartier für jugoslawische Asylbewerber vernichtete. Eine Familie mit Kleinkind sowie die Besitzerin des Anwesens konnten sich vor den Flammen unverletzt ins Freie retten.
(aus : FR vom 19.12.1994)

■ 18.12.1994

Bei Bränden verletzt

Müheim/Essen (lnw). Sechs Asylbewerber sind bei einem Brand in einer Wohnbaracke in Müheim an der Ruhr am späten Sonntag abend verletzt worden. Die zwei Frauen und vier Kinder unbekannter Nationalität wurden mit leichten Rauchvergiftungen in Krankenhäuser gebracht. 65 Menschen mußten evakuiert werden.

In Essen brannte es in der Nacht zu Gestern in einem türkischen Lebensmittelgeschäft. Das Feuer im Eingang konnte schnell gelöscht werden, Menschen kamen nicht zu Schaden. Die Glasscheibe der Eingangstür war eingeschlagen worden, vor der Tür wurde eine mit Brandbeschleuniger gefüllte Bierflasche gefunden.
(aus : WZ vom 20.12.1994)

■ 21.12.1994

Ausländerfeindliche Randale vor Asylheim

BERLIN, 22. Dezember. Zweimal innerhalb von fünf Tagen hat es in dem vorpommerschen Ort Bandelin ausländerfeindliche Gewalttaten gegeben. Wie die Polizei in der Stadt Anklam am Donnerstag mitteilte, hatte bereits am vorigen Wochenende ein 17jähriger Deutscher am Rand einer Discoveranstaltung einen Streit mit fünf Asylbewerbern provoziert, an dem sich dann insgesamt 20 deutsche Jugendliche beteiligten. Dabei habe ein Asylbewerber aus Jugoslawien eine Prellung erlitten. Später seien die Flüchtlinge, die sich im Asylbewerberheim in Sicherheit gebracht hatten, mit Bierflaschen und Steinen beworfen worden, hieß es von der Polizei weiter. Dabei habe ein 13jähriges Mädchen eine Schnittwunde wenige Millimeter neben einem Auge erlitten, teilte der Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern mit. Am Mittwoch abend dann riefen Jugendliche vor demselben Asylbewerberheim Parolen wie "Ausländer raus". Ein 18jähriger wurde vorübergehend festgenommen. [...]
(aus : FR vom 23.12.1994)

■ 28.12.1994

Unbekannte verwuesteten juedischen Friedhof

GÖPPINGEN, 28. Dezember (afp). Im baden-württembergischen Göppingen haben Unbekannte einen jüdischen Friedhof verwüstet. Wie ein Polizeisprecher am Mittwoch mitteilte, warfen die Taeter 14 Grabsteine um, die teilweise zerbrachen. Schmierereien seien nicht gefunden wor den. Die Verwuestungen seien am Dienstag nachmittag entdeckt worden. Die Tat habe habe sich im Zeitraum seit dem Dienstag vergangener Woche ereignet.
(aus : FR vom 29.12.1994)

■ 28.12.1994

Türkische Teestube ausgebrannt

GEESTHACHT, 28. Dezember (dpa). Moeglicherweise nach einem Brandanschlag ist eine tuerkische Teestube in der schleswig-holsteinischen Kleinstadt Geesthacht am Mittwoch morgen ausgebrannt. Keiner der Bewohner des Hauses wurde verletzt. Der Schaden wird auf 250000 Mark geschaetzt. Zeugen wollen beobachtet haben, wie sich unmittelbar nach Ausbruch des Feuers mehrere Menschen von der Brandstelle entfernten. Die 20 Bewohner des je zur Haelfte von Tuerken und Deutschen bewohnten kombinierten Wohn- und Geschaeftshauses konnten sich unverletzt ins Freie retten oder wurden von Polizei und Feuerwehr geborgen.
Lediglich ein Helfer erlitt einen Schock und wurde voruebergehend in ein Krankenhaus eingeliefert. Das Feuer war kurz nach Mitternacht entdeckt worden. Die im Untergeschoss gelegene "Tuerkische Teestube" mit Nebenraeumen, die als Treffpunkt fur die in Geesthacht lebenden Tuerken diente, brannte voellig aus.
(aus : FR vom 29.12.1994)

■ 28.12.1994

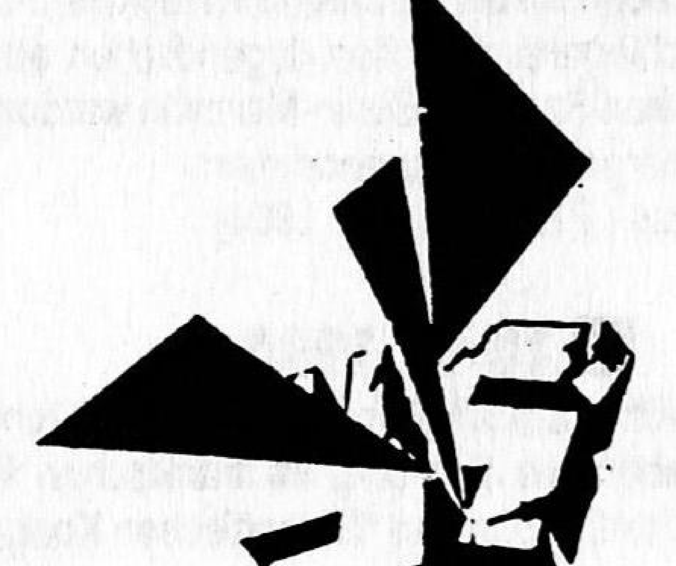
Anschlag auf NPD-Funktionaer
Polizei vermutet Taeter in rechtsextremer Szene

pid NORTHEIM, 28. Dezember. Nach Einschaetzung der Polizei stecken Rechtsextremisten hinter dem vereitelten Handgranaten-Anschlag auf den thueringischen NPD-Landesvorsitzenden Frank Golkowski. Nach den bisherigen Ermittlungen deute einiges daraufhin, dass der oder die Taeter aus der rechten Szene stammten, sagte am Mittwoch ein Sprecher des zustandigen Komissariats in Goettingen. Granaten jugoslawischer Herkunft wuerden eher von Rechten verwandt. Mancher Neonazi-Soeldner, der vom Balkan zurueckkehre, bringe sich derartige Sprengsaetze als "Souvenir" mit. Dagegen sei es nahezu auszuschliessen, dass autonome Gruppierungen aus Suedniedersachsen fuer den Attentatsversuch am ersten Weihnachtstag verantwortlich seien, sagte der Sprecher. Die Machart des Anschlags und die Art der Drohbriefe, die mit "Antifa Goettingen, Gotha, Obereichsfeld" unterzeichnet seien, legten diesen Schluss nahe.
(aus : Frankfurer Rundschau vom 29.12.1994)

Demgegenueber schob das Nationale Infotelefon (NIT) Rheinland noch in seiner Ansage vom 27. oder 28.12.1994 den Anschlag der Goettinger Antifa (M) in die Schuhe. Die Frage ist nun, ob mit diesem Anschlag ein missliebiger "Kamerad" aus den eigenen Reihen aus dem Weg geraeumt werden sollte oder ob alles nur inszeniert war, um die Gewaltspirale weiterzudrehen ???

■ 30.12.1994

Am 30.12.94 gegen 2.30 uhr ist das alternativhaus altenburg erneut mit einem molotowcocktail angegriffen worden. Es entstand geringfuegiger Sachschaden. da das alternativhasu allerdings von 14 Jugendlichen bewohnt wird, stimmt der vorfall schon nachdenklich. Durchgefuehrt wurde die ganze Sache von 2-3 jugendlichen, waehrenddessen sich einige faschos etwas entfernt im dunklen aufhielten.
(aus CL/Antifa)



50 Jahre Befreiung

Aktion zum 8. Mai 1945

Denkmal!

Die Kapitulation Hitler-Deutschlands war ein Tag der Befreiung - für all die, die durch das NS-Regime verfolgt wurden, denen ihre persönliche Freiheit genommen war, die unter den Schrecken des Krieges litten. Für die Kriegsverbrecher und KZ-Schlächter, für die Kriegsprofiteure und all die, die sich Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht hatten, war der 8. Mai 1945 eine Niederlage. Ohne Niederlage für die einen hätte es keine Befreiung für die anderen gegeben.

Deutschland hat sich nicht selbst befreit. Die Deutschen konnten auch nach zwölfjähriger Erfahrung mit dem NS-Terror, nach der Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, der "Ausmerzung" alles Anderen dieses Regime nicht aus eigener Kraft beenden. Zu wenige leisteten Widerstand.

Unsere Befreier waren Ausländer.
Wir schulden ihnen tiefsten Dank und den Opfern die Bitte um Vergebung.

Das geeinte Deutschland will den 8. Mai als Tag der Versöhnung begehen. Eine Versöhnung mit den Opfern soll die Täter rehabilitieren. Deutschland erhofft sich, damit aus dem Schatten der Geschichte herauszutreten und sein nationales Selbstwertgefühl zurückzuerhalten. Nur: Deutschlands Geschichte steht nicht im Schatten. Sie wirft Schatten.
Ein Schlußstrich unter die deutsche Geschichte ist nicht möglich. Dem 50. Jahrestag der Befreiung zu gedenken, heißt, sich den Fragen der Gegenwart zu stellen. Wie ist es um die bundesdeutsche Gesellschaft bestellt, wenn im Jahr 1994 viele keine jüdischen Nachbarn haben wollen? Wenn die Polizei nicht einschreitet, wenn junge Nazis die Gedenkstätte eines Konzentrationslagers schänden? Wenn Euthanasie legalisiert wird? Wenn der Bundespräsident zum 8. Mai nicht in Buchenwald oder Dachau spricht, sondern in Dresden?

Mahnmal!

Anläßlich des 50. Jahrestages der Befreiung wollen wir den Deserteuren in der deutschen Wehrmacht ein Mahnmal setzen. Unsere Achtung gilt denjenigen Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens Widerstand gegen den deutschen Faschismus leisteten.
Die Deserteure in der deutschen Wehrmacht streuten Sand in die Eroberungsmaschinerie des NS-Regimes. Die Wehrmacht ließ nicht nur verbrannte Erde

in der Sowjetunion zurück, sondern sie machte auch Auschwitz erst möglich.
"Nicht aus Furcht vor dem Tode, sondern aus dem Willen zu leben" (Alfred Andersch) desertierten Soldaten aus der faschistischen Wehrmacht. Alle Deserteure bewiesen Ehre und Mut, indem sie den Eid auf die Fahne des Nationalsozialismus brachen. Sie entschieden, für ihr Handeln fortan persönlich verantwortlich zu sein.
50 Jahre nach Kriegsende zeigt sich die Bundespolitik geschichtslos und rüstet zu Kampfeinsätzen auf dem Balkan. Junge Männer, die eine Gewissensentscheidung gegen jede militärische oder zivile Unterstützung von Kampfeinsätzen treffen, müssen mit Gefängnisstrafen rechnen.
Im 50. Jahr der Befreiung erhalten Deserteure aus dem ehemaligen Jugoslawien kein Asyl in Deutschland, sondern werden abgeschoben. Im 50. Jahr der Befreiung werden diejenigen kriminalisiert, denen Zivilcourage nicht nur ein Wort ist, sondern Verpflichtung, verfolgten Menschen Asyl und Schutz zu bieten.

Wir wollen am 6. Mai in Erfurt, der "Stadt des Friedens", ein Mahnmal für den unbekannten Deserteur enthüllen. Wir erklären damit unsere Achtung vor Zivilcourage in der Vergangenheit und rufen auf zu Zivilcourage in der Gegenwart.



Neues vom BdA Thüringen

Am Samstag, den 26.11.1994 fand in Erfurt die 3. Landesdelegiertenkonferenz des Bundes der Antifaschisten statt. An der Konferenz nahmen Delegierte aus den Thüringer Basisorganisationen teil. Als Gast begrüßten wir **Dr. Regina Girod**, Geschäftsführer des Koordinierungsrates des Bundesvorstandes des BdA.
Kamerad **Heinz Koch** 1. Landessprecher gab den Bericht des Landessprecherrates über die vergangene Wahlperiode und informierte die anwesenden Delegierten über die umfangreichen bevorstehenden Aufgaben.
Der BdA Thüringens, seine Mitglieder haben in den 2 Jahren seit unserer 2. LDK eine vielseitige Arbeit geleistet, um entsprechend der Satzung antifaschistisches Gedankengut wachzuhalten und zu verbreiten, den Antifaschismus von allen Entstellungen zu befreien, gegen Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus für Toleranz, Solidarität und Humanismus zu wirken.
Dem Selbstverständnis unserer Organisation entspricht es, daß wir für die ganze Breite des Antifaschismus heute stehen, uns als Dach für alle Antifaschisten begreifen.

In Vorbereitung des 50. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus ist es unser erklärtes Ziel, alle Gedenkstätten bis zum April 1995 in einen würdigen Zustand zu versetzen. Deshalb rufen wir alle Kommunen Thüringens auf, in ihren Territorien befindliche Gedenkstätten, Gräber, Mahnmale in Ordnung zu bringen, bzw. ihre Pflege zu organisieren.

Wir möchten erreichen, daß der Tag der Befreiung von Buchenwald als fester Bestandteil der Feiern des 50. Jahrestages der Befreiung Deutschlands vom Faschismus verstanden und besonders begangen wird.
Vorgesehen ist am Sonntag, 9. April 1995 ein großes Meeting auf dem Appellplatz der Gedenkstätte Buchenwald zu gestalten. Am gleichen Tag wird ein Denkmal für die Sinti und Roma von Pierre Durand eingeweiht.
Wir halten es für eine wesentliche Aufgabe, mit vielen Antifaschisten, ja unter breitester Einbeziehung der Bevölkerung durch eine hohe Teilnahme dieser Veranstaltung einen würdigen Rahmen zu geben.

Auf der konstituierenden Sitzung des Landessprecherrates wurden Bundestagsabgeordneter Prof. Dr. Ludwig Elm als 1. Landessprecher und Kamerad Heinz Koch als 2. Landessprecher gewählt.

BH, BdA

Aktivtagung des Bundes der Antifaschisten in Halle warnt vor zunehmendem Rechtsextremismus

Über 100 Vertreter des Bundes der Antifaschisten aus den neuen Bundesländern und aus Westberlin diskutierten in Vorbereitung ihres Bundeskongresses 1995 in Halle über den Platz und die künftigen Aufgaben ihrer Organisation. Angesichts anhaltender rechtsextremistischer Gewalt, rassistischer Übergriffe und steigenden Antisemitismus forderten zahlreiche Redner, die Anstrengungen für ein einheitliches antifaschistisches Handeln zu erhöhen. In der teilweise kontrovers verlaufenden Debatte über den Antifaschismus heute erklärte unter anderem der von Bündnis 90/Die Grünen kommende Antifaschist Thomas Günther aus Leipzig, bei aller Kritik an der DDR sei ihm der "verordnete Antifaschismus" zu DDR-Zeiten näher und verständlicher als der verordnete Antikommunismus in der Bundesrepublik, wo mündige Bürger als "rotlackierte Faschisten" verleumdet und linke Aktivitäten mit aggressivem Rechtsextremismus gleichgesetzt werden.
Was in Deutschland unter faschistoiden Vorzeichen passiert, so Professor Heinrich Fink in der Debatte, führe in gefährlicher Weise an die Grenzen des Rechtsstaates. In der augenblicklichen Politik der Bundesrepublik sei Erinnerung offensichtlich lästig. Symptomatisch für dieses bewußte Vergessen sei die Sprengung der Brücke in Torgau, Symbol des Sieges der Antihitlerkoalition. Antifaschismus, so Fink, sollte Humanismus in Aktion sein.

Die Teilnehmer der Tagung waren sich einig in der Feststellung, daß das Bekenntnis zum Antifaschismus heute die Würdigung des ehrlichen Einsatzes vieler DDR-Bürger für antifaschistische Ziele und die Bewahrung von vorliegenden Zeugnissen der Auseinandersetzung mit dem Faschismus einschließt. Die Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandes sollten Plätze der Diskussion werden. In diesem Zusammenhang wies die Sprecherin der Interessenvertretung Verfolgter des Naziregiemes in Sachsen-Anhalt, Alice Stern, die Medienkampagne um das als "roter Ochse" bekannte Hallesche Zuchthaus als bewußte Geschichtsfälschung scharf zurück. Sie verschweige den Golgataweg tausender von den Nazis verurteilter und getöteter Menschen.
In einem Thesenpapier, das den Konferenzteilnehmern vorlag, wird auf die europäische Dimension und Vernetzung des Rechtsextremismus verwiesen, vor neuen neonazistischen Aktionen gewarnt und betont, daß der Rechtsextremismus in Deutschland bereits in der gesellschaftlichen Mitte verankert ist. Die Auseinandersetzung mit dieser Erscheinung, die zur Verbreitung irreführender und menschenfeindlicher Antworten auf die Fragen der Gegenwart führt, sollte an "antifaschistischen runden Tischen" geführt werden.
Die Arbeit des Bundes der Antifaschisten konzentriert sich jetzt auf den 1995 zu begehenden 50. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Dazu erklärte Kurt Goldstein, Ehrenvorsitzender des Interessenverbandes der Verfolgten des Nazismus, angefangen von der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 bis zum 8. Mai 1945 sei jeder Tag der Befreiung vom faschistischen Joch nach fünfzig Jahren seiner historischen Bedeutung entsprechend zu würdigen.
Zur Frage des Verhältnisses der Antifaschisten zur Gewalt, das in der Diskussion ebenfalls eine Rolle spielte, bestand Einigkeit darin, daß heute mehr denn je der Rechtsstaat zu verteidigen ist. Es gelte, den Einsatz des Gewaltmonopols des Staates gegen den zunehmenden Rechtsradikalismus einzuklagen. Das Recht auf Widerstand gegen alle Erscheinungen der Verletzung von Menschenrechten und Menschenwürde muß als Bürgerpflicht verwirklicht werden.
BdA

Vom Kopfschütteln allein lassen sich Faschismus und Rassismus nicht vertreiben!

Ein neues Buch über Buchenwald

Der "gesäuberte" Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald

Seit einigen Wochen liegt ein Dokumentenbuch, von Lutz Niethammer und Karin Hartewig eingeleitet, vor. Seit Frau Leonie Wannemacher vor mehr als zwei Jahren im ehemaligen Parteiarchiv beim ZK der SED Protokolle und Berichte von ehemaligen Häftlingen des KZ Buchenwald fand, steht deren Veröffentlichung an. Das ist deshalb notwendig, weil gewisse Medien diese sogenannten Geheimprotokolle zur Diskreditierung des antifaschistischen Widerstandes benutzen und weiterbenutzen.

Der Standpunkt des Bundes der Antifaschisten Thüringen war immer, diese Befragungsprotokolle zu veröffentlichen. Das schließt ein, den Leser durch ein wissenschaftliches Vorwort und entsprechende Anlagen das Verständnis zu erleichtern. Doch schon der Titel macht nachdenklich. Das Buch heißt: Der „gesäuberte" Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald.

Das Vorwort des Herausgebers und die Einleitung umfassen mehr als einhundertfünfzig Druckseiten.

Prof. Niethammer drückt im Vorwort die Hoffnung aus, daß die LeserInnen verstehen werden, daß es nicht ihre Absicht ist, mit dieser Veröffentlichung den kommunistischen Widerstand im Dritten Reich im Ganzen oder den in Buchenwald im Besonderen zu schmähen. Das liest sich erst einmal ganz gut und läßt auf Objektivität hoffen. Doch wenn man als Leser Vorwort und Einleitung gelesen hat, kommen einem doch Zweifel an der historischen Sorgfalt des Herausgebers und man fragt sich, warum Herr Niethammer die Hoffnung seiner LeserInnen so täuscht?

Oder ist es keine Täuschung, wenn in der Einleitung an zwei Stellen (S. 31 und S. 156) die illegale Organisation von Kommunisten und anderen Antifaschisten mit der Mafia verglichen wird? Das ist nicht bloß eine Täuschung, sondern angesichts der Naziverbrechen eine Ungeheuerlichkeit.

Da wird behauptet, und das schlechthin für den ganzen kommunistischen Wider-stand im KZ Buchenwald, daß die Kommunisten ihre menschlichen Ideale verloren hätten (S. 69/70). Wenn man diese und viele andere Hineindeutungen in die Protokolle und Berichte liest, stellt sich die Frage: Wem verdanken die 21 Tausend ihr Überleben? Wer rettete fast eintausend Kinder und Jugendliche? Warum mußten ca. 3000 Häftlinge jüdischer Herkunft nicht mit auf die Todesmärsche? Wurden sie etwa von der SS gerettet?

Wem haben es die damaligen Häftlinge des KZ Buchenwald zu danken, daß das Faustrecht entschieden bekämpft und eine Atmosphäre internationaler Solidarität vorherrschte?

Für Herrn Niethammer ist das alles nichts oder "überplanmäßiger Schwulst". Das alles geht unter und wird überlagert durch Formulierungen verleumdenden Charakters. „Eingeweihte ahnen", „vielleicht hat diese Abwehrgruppe", da „scheint" keiner angeklagt worden sein, da „mag es auch bei der SS ein Umdenken gegeben haben", „Andeutungen in den Quellen sprechen dafür" usw.usf.

Ein Historiker sollte weniger vermuten und dafür mehr an Wissen investieren. Neben der antikommunistischen Tendenz, die Herr Niethammer, aus welchen Gründen auch immer, an den Tag legt, muß der aufmerksame und nicht von Unkenntnis getrübte Leser auch viele Oberflächlichkeiten konstatieren. So wird z.B. behauptet „erst vor kurzem haben wir erfahren, daß Busse .... von einem sowjetischen Militärtribunal ... zu lebenslanger Haft verurteilt und in ein Straflager in Rußland eingewiesen worden ist".

Ja wo hat der Herr Niethammer denn die ganze Zeit gelebt? Der Tatbestand von Ernst Busses Verurteilung war anderen seit Jahrzehnten bekannt.

Die nicht genannten Zeugen dieser Verurteilung, (vor wem haben sie eigentlich immer noch Angst?), sind aber überzeugt, „daß es sich nicht um einen der spät-stalinistischen Terrorprozesse, sondern um eine sachkundige und sorgfältige Ermittlung handelte". Das am 22.2.1951, in einer Zeit großer stalinistischer Prozesse in Bulgarien, Polen, Ungarn und in der CSR. Bei solchen und ähnlichen Irrtümern ist es nicht verwunderlich, daß der parteilose Kapo der Lagerfriseure zum KPD-Mitglied oder Erich Mückenberger, bis zum Vereinigungsparteitag im April 1946 Mitglied der SPD, ebenfalls für die KPD vereinnahmt wird.

Abschließend: Mit dieser Tendenz und bei dieser Oberflächlichkeit ist das Buch nicht weiterzuempfehlen.

HzK, BdA

PS. An einem Zeitungskiosk sah ich die „Nationalzeitung" des Herrn Frey. Dort heißt es u.a., daß in der Quellenpublikation des Jenaer Historikers Prof. Dr. Lutz Niethammer „die schreckliche Tätigkeit des KPD-Aktivs im Lager Buchenwald herausgestellt" wurde. Das Buch wurde also zur Argumentationshilfe für Neonazis.

Anm. d. Redaktion:
In der nächsten Ausgabe werden weitere Beiträge folgen. Die LeserInnen sind eingeladen sich an dieser Debatte zu beteiligen.



Requiem für Kaza Katharina - oder Notizen aus der "Kulturhauptstadt Europas" 1999 Weimar

Sicher lag es auch etwas an dem verregneten Novemberabend, ich glaube jedoch mehr am Thema, daß man die Gäste eines international bedeutsamen Kulturereignisses in der Stadtkirche der Klassikerstadt leicht zählen konnte. Requiem für eine Zigeunerin, für ein verfemtes und verfolgtes Volk, das kann die Weimarer nicht hinter dem Ofen hervorlocken, schließlich ist doch jede Supermarkteröffnung reizvoller.......

Da hilft es auch nicht, wenn international bekannte Künstler, in hochkarätiger Besetzung ungläubig die "Besucherströme" betrachteten, es ehrt sie, wenn trotz dieses Eklats eine beeindruckende Aufführung gelang, die den wenigen Gästen ein herausragendes Kunsterlebnis mit tiefen emotionalen Eindrücken vermittelte.

Kaza Kathárina wurde 1908 in Deutschland geboren, lebte ihr Leben in Deutschland und starb vor wenigen Jahren in einer westdeutschen Stadt, in einem unwürdigen Lager zwischen Bahndamm und Müllkippe. Sie steht stellvertretend für ein kleines Volk von 16 Millionen Menschen, das verstreut überall auf der Welt lebt, bis heute verfolgt und ausgegrenzt.

Diese Frau hat unter uns gelebt, mit uns, neben uns.

1938 verschleppten die Nazis sie und ihre "Sippe" in die KZ's, ihr Vater (ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz des Ersten Weltkriegs) wurde erschossen, weil er sich gegen Schläge wehrte, die Mutter starb bei der Zwangsarbeit, ihre Älteste ging wie Hunderttausende ihres Volkes durch "den Schornstein", ihren Mann sah sie nie wieder, nachdem er "abgeholt" wurde.

KZ-"Arzt" Mengele bevorzugte Menschenversuche an Zwillingen, seine unschuldigen Opfer wurden Kazas Töchter.

Kaza Kathárina überlebte. Sie lebte von Sozialhilfe, vom Hausieren und Schrottsammeln.

Ihre Leiden und die ihres Volkes wurden im Nachkriegsdeutschland nie gesühnt, sondern verharmlost, verspottet, verdrängt und vergessen. Eine Wiedergutmachung erhielt sie nie. Es erging ein Gesetz, daß jeder Zigeuner, der vor 1943, also vor dem Auschwitzerlaß, in ein KZ eingeliefert wurde, nicht als rassisch Verfolgter, sondern als asoziales Element gilt.

Nicht nur für die Sinti und Roma gilt der Satz aus dem Requiem:

"Wo ist der Mensch, der sagt:
Es ist meine Gleichgültigkeit, die Starke ermutigt, Schwache zu ersticken. Es ist meine Gleichgültigkeit, die Armut und Unrecht, Streit und Gehässigkeit und Unmenschlichkeit zuläßt. Es ist unsere Gleichgültigkeit!"

b.h.

LeserInnenbrief

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Neues Forum im Erfurter Rathaus
Matthias Sengewald, Stadtratsmitglied

Artikel Krämerbrücke Sondersratssitzung in ThAN Nov. 1994

Sehr geehrte Verfasserin oder geehrter Verfasser,

zu dem obengenannten Artikel muß ich einige Anmerkungen machen:
1. habe ich mich noch am selben Abend telefonisch bei der Polizei gemeldet und auch für die Jugendlichen eingesetzt.
2. Bereits bei der Pressekonferenz habe ich die Unverhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes angeprangert.
3. Ich habe vor und nach dem Polizeieinsatz immer wieder Kontakt mit den Jugendlichen gehabt und einige Aktivitäten in diesem Zusammenhang gefördert.
4. Habe ich bei der genannten Ratssitzung eine ausführliche Stellungnahme gegeben, eine Tonbandabschrift ist vorhanden, auf Wunsch stelle ich eine Kopie zur Verfügung.
5. Ich halte die Jugendbeamten auch im Interesse der Jugendlichen für eine gute Sache.

Ich bin gern bereit, wieder einmal eine Diskussion zu diesem Thema zu machen; auch auf Einladung des Verfassers.

.....

Anmerk. d. Redaktion: Wir haben den Brief den AutorInnen zugestellt.

An alle Bürgerinnen und Bürger in Thüringen, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt

Aufruf

zur Teilnahme an der Gedenkveranstaltung aus Anlaß des 50. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald am 09. April 1995.

Am 11. April 1995 jährt sich zum 50. Mal der Tag der Befreiung der über 21 000 Häftlinge des KZ Buchenwald. Die Überlebenden des Konzentrationslagers schworen an dieser Stätte des faschistischen Grauens: nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg zuzulassen und sich einzusetzen für den Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit.

Der Schwur von Buchenwald ist auch nach 50 Jahren aktuell !

Lassen Sie uns gemeinsam mit ehemaligen Häftlingen aus vielen Ländern am 09. April um 14.00 Uhr auf dem Appellplatz diesen Schwur erneuern und für Humanismus, Toleranz und Gewaltfreiheit eintreten.

Ihre Teilnahme ist wichtig, um nicht zu vergessen, was nicht vergessen werden darf !

Sonntag, 09. April 1995 - 14.00 Uhr - Appellplatz, im ehemaligen KZ Buchenwald bei Weimar

BdA - Bund der Antifaschisten Thüringen, Sachen, Sachen-Anhalt; IVVdN - Interessenverband VdN Thüringen, Sachen, Sachen-Anhalt; VVN/BdA Hessen.

Andere Organisationen und Initiativen wie z.B. der DGB Landesbezirk Thüringen, die Gewerkschaft hbv, der Antirassistische Aktionsratschlag u.a. rufen ebenfalls dazu auf.



Bestellung der ThAN

Name:

Strasse:

PLZ/Ort:

Tel.: *Initiative:*

Anzahl ..... zu DM 1,50 / Ausgabe

Unterschrift

Auf den Spuren der Vergangenheit - etwas mehr als eine Radtour

Vor einem halben Jahrhundert, am 11. April 1945, wurde das Konzentrationslager Buchenwald befreit. Aus diesem Anlaß wollen wir uns per Rad auf Spurensuche in die Vergangenheit begeben. Entlang der Stationen der Buchenwaldhäftlinge auf ihrem Todesmarsch wollen wir uns mit nationalsozialistischer Vergangenheit und aufkeimendem Rechtsextremismus in der Gegenwart auseinandersetzen. Ehemalige Häftlinge stehen während eines Besuches in der Gedenkstätte Buchenwald als Gesprächspartner zur Verfügung. Mit Mitarbeitern der Gedenkstätte soll über die Neugestaltung der Ausstellung und die Darstellung der "drei Geschichten" des Lagers diskutiert werden.

07.04.-09.04.1995

Weimar / Buchenwald

Diese Zeitung finanziert sich aus Spenden.
Deshalb, wer ein Exemplar oder mehrere haben möchte, kann bei der Redaktion bestellen und spenden.
Unkostenbeitrag 1,50 DM plus Portogebühren.
Spendenkonto: Kennwort THAN, BfG Erfurt, 2371243701
Red.: Thüringer Antifa Nachrichten; Joseph Grüne, Eislebenerstr.3, 99086 Erfurt; Tel.: 0361 5961 293 (1.10.94)
Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion. Für die Inhalte namentlich gekennzeichneter Artikel haftet der/die AutorIn.

Eure Termine könnten hier auch stehen .....

Kurt Goldstein,
Überlebender des Kz Auschwitz und Buchenwald

1. Februar, 17.oo Uhr, Klub der Volkssolidarität, Steubenstr., Weimar
2. Februar, 14.oo Uhr, Heiligenstadt
2. Februar, 19.3o Uhr, Erfurt

18. 3., 11.oo Uhr
Haus d. Gewerkschaften, Erfurt
Alles Hass und Gewalt?

21.3.-2.4., ab 18 Uhr
Jugendbildungsstätte Ohrdruf
Kunst gegen Rassismus
Workshop zur Vorbereitung des landesweiten Friedenszuges am 6.5. In Erfurt
50 Jahre Befreiung vom Hitlerfaschismus

7. April
18 Uhr, Haus d. Gewerkschaften, Erfurt
Die Vergangenheit ist nicht vergangen
mit Detlef Hensche und Prof. Ludwig Elm

Selbstbefreiung des KZ-Buchenwald
9. April, 14.00 h Kundgebung am Appellplatz

6. Mai
Enthüllung des Mahnmals für den unbekannten Deserteur
Erfurt
Friedenszug

7. - 9. April
Spuren der Vergangenheit
Auf den Spuren des Todesmarsches
Mehr als eine Radtour